
Strategische Partnerschaften zwischen Stiftungen und Politik?

Immer weniger Bürger haben Vertrauen in ihre Regierungen. Dieses Alarmsignal ist für die OECD Anlass, Kontakt mit der Zivilgesellschaft zu suchen. Am 6. März trafen sich in Paris Vertreter von europäischen und nordamerikanischen Stiftungen mit leitenden Mitarbeitern der OECD.

von Rupert Graf Strachwitz

In ihrem Jahresbericht 2013 weist die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) warnend darauf hin, dass im Durchschnitt der 34 Mitgliedsländer nur 40% der Bürger und Bürgerinnen ihrer Regierung vertrauen. In einigen Ländern sind es kaum 10%. Angesichts des immer exzessiveren Misstrauens der Regierungen gegenüber ihren Bürgern kann dies nicht verwundern. Ausschlaggebend ist aber offenkundig das Versagen vieler Staaten bei der Bewältigung der aktuellen Herausforderungen. Dies, so die OECD, untergräbt auch das Vertrauen in die Wirtschaft und ist deshalb alarmierend, weil „Vertrauen in die Regierung als eines der wichtigsten Fundamente identifiziert worden ist, auf dem die Legitimität und Nachhaltigkeit politischer Systeme ruht“. Bemerkenswert ist, dass innerhalb der OECD die Regierungen der Staaten das höchste Vertrauen genießen, die von anderen gern angegriffen werden (Luxemburg und die Schweiz) und dass der Vertrauensbestand in den nicht der OECD angehörenden BRIICS-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, Indonesien, China, Südafrika) überall größer ist als im Durchschnitt der OECD. Unter den Mitgliedsstaaten liegt Deutschland übrigens ziemlich genau im Durchschnitt.

Die OECD, die nach ihrem Selbstverständnis das Ziel verfolgt, „eine Politik zu befördern, die das Leben der Menschen weltweit in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht verbessert“, schließt daraus, dass der Fokus auf Vertrauen der „Gesamtheit der Strukturen und Prozesse, die zur Regelung der Angelegenheiten der Allgemeinheit führen“ (so die UN-Definition von *Governance*) eine neue Perspektive eröffnet, die „den Bürgern eine wichtigere Rolle zuweist“. Dies ist für die OECD Anlass, verstärkt den Kontakt zur Zivilgesellschaft zu suchen. Im Oktober 2014 fand an ihrem Sitz in Paris die Jahrestagung des International Civil Society Centre statt, dem die großen international tätigen NGOs angehören. Am 6. März 2015 folgte nun ein Arbeitsgespräch mit Vertretern von 10 europäischen und nordamerikanischen Stiftungen sowie des Europäischen Stiftungszentrums (EFC). Mehrere leitende Mitarbeiter der OECD und Delegierte aus einigen Mitgliedsstaaten nahmen daran teil. Dazu muss man wissen, dass im Lauf eines Jahres rund 50.000 Personen an Konferenzen bei der OECD teilnehmen. Es herrscht, so wurde betont, große Offenheit gegenüber Außenstehenden, mit denen man auf gleicher Augenhöhe diskutieren will.

Die Vertreter der Stiftungen – aus Deutschland waren die Bertelsmann und die Maecenata Stiftung dabei – hatten überwiegend bereits in einer Arbeitsgruppe mitgearbeitet, die unter Leitung des Carnegie UK Trust versucht, strategisches Stiftungshandeln zu befördern. Dr. Rolf Alter, der zuständige Direktor bei der OECD eröffnete das Gespräch, indem er die Zyklen der inhaltlichen Bestimmung von Politik (*policy cycles*) in Erinnerung rief und fragte: „Wo fügen sich die Stiftungen ein? Wo stehen sie heute? Wo wollen sie morgen sein?“

Einig war man sich ohne Einschränkung, dass Stiftungen auf jeden Fall an der Entwicklung und

Formulierung von Inhalten, vielleicht an der Umsetzung, sicher an der Evaluierung, aber keinesfalls an der Entscheidung beteiligt sein könnten. Dafür fehlt ihnen das Mandat, auf das es andererseits gerade in der Entwicklungsphase gar nicht ankommt. Hier ist in der modernen Gesellschaft jeder willkommen und legitimiert, der ernsthaft und aufrichtig einen Beitrag leisten will. Martyn Evans, CEO des Carnegie UK Trust, ging aber einen Schritt weiter. „Stiftungen sind privilegiert! Sie haben Zeit und Ressourcen, um nachzudenken. Daraus müssen sie etwas machen“, forderte er und unterstrich damit die Verpflichtung der Stiftungen, sich in inhaltliche strategische Prozesse einzubringen, freilich ohne den Anspruch zu erheben, diese dominieren zu wollen.

Im Verlauf des Gesprächs hatten mehrere Stiftungsvertreter die Gelegenheit, den spezifischen Ansatz ihrer Stiftungen darzustellen. So berichtete beispielsweise Ana Marie Argilagos, die die Ford Foundation vertrat, aus eigenem Erleben von den Versuchen der US-Regierung, einen kontinuierlichen Dialog mit Stiftungen zu begründen, und wie Erfolge erst dann sichtbar wurden, als die Regierungsvertreter ihre Meinung überwunden hatten, es ginge im wesentlichen darum, Projekte von Regierung und Verwaltung durch Stiftungen finanzieren zu lassen. Dies zu fordern, schafft, wie ein anderer Teilnehmer sagte, kein Vertrauen, sondern bricht es! Andererseits fragte Angelos Binis, Vertreter Griechenlands bei der OECD: „Wo sind die Stiftungen, wenn es brennt?“ „Wenn man sie bittet, sind sie zur Stelle“, wurde ihm entgegengehalten.

Im Lauf des Tages wurden viele Möglichkeiten gehört, welchen Beitrag Stiftungen leisten können:

- Sie können Herausforderungen analysieren.
- Sie können entstehende Trends aufgreifen.
- Sie können Rat geben.
- Sie können Katalysatoren sein.
- Sie können Menschen zusammenbringen.
- Sie können Gesprächsebenen schaffen.
- Sie können Positionen diskutieren.
- Sie können Sachverhalte erforschen.
- Sie können unabhängige Positionen vorstellen.
- Sie können experimentieren.
- Sie können eine Agenda aufzeigen.
- Sie können ein Thema voranbringen.
- Sie können informieren.
- Sie können ein Netzwerk herstellen.
- Sie können bürgerschaftliches Engagement initiieren.
- Sie können Philanthropie wecken.
- Sie können Beiträge zur Umsetzung leisten.
- Sie können in ein Thema investieren.
- Sie können im Einzelfall finanzielle Unterstützung anbieten.
- Sie können Regierungen davor bewahren, vom Markt vereinnahmt zu werden.

Was davon zum Einsatz kommt, hängt vom Thema und anderen Umständen ebenso ab wie von den Möglichkeiten jeder einzelnen Stiftung. Denn sie sind, wie Dharmendra Kanani, der das EFC vertrat, unterstrich, verschieden und handeln individualistisch. Nicht immer, aber oft können sie schnell handeln.

Transnationale Organisationen wie OECD tun sich, so wurde deutlich, relativ leicht, mit

Stiftungen und anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen zu kommunizieren. Zumal die OECD die nationalen Regierungen beraten könnte, die überwiegend noch in einer Denkweise verharren, die im 19. Jahrhundert geprägt wurde. Diese müssen ihre Position zwischen Regionen, supranationalen Zusammenschlüssen (etwa der EU), multinationalen Wirtschaftsunternehmen und Zivilgesellschaft neu bestimmen. Gerade diese brauchen sie, um verlorenes Vertrauen zurückzugewinnen. Zu Recht, so Sir John Elvidge vom Carnegie UK Trust in seinem Schlusswort, erwarten die Bürgerinnen und Bürger, dass die Stiftungen sich dieser Aufgabe stellen und zuallererst dadurch den Bürgern dienen.

Eine schwierige Frage konnte allerdings nicht mehr behandelt werden. Die OECD hat sich als vordringliches Ziel den Kampf gegen Ungleichheit vorgenommen. Ob gerade dafür die Stiftungen geeignete Partner sind, blieb offen. Immerhin existiert ein nicht geringer Teil von ihnen, weil es Ungleichheit gab. Ein Grund mehr, das Gespräch strukturiert fortzusetzen!

Dr. phil. Rupert Graf Strachwitz ist [Vorstand der Maecenata Stiftung, München, und Direktor des Maecenata Instituts für Philanthropie und Zivilgesellschaft, Berlin](#). Internationale Philanthropie steht seit Jahrzehnten im Mittelpunkt seiner wissenschaftlichen und praktischen Tätigkeit.